

Substanzielles Protokoll 79. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 11. Dezember 2015, 20.30 Uhr bis 23.52 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2015/294 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung
Globalbudgetanträge | FV |
| 5. | 2015/383 | A Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Urs Helfenstein (SP)
vom 02.12.2015:
Realisierung des Treppenaufgangs vom Mittelperron des
Bahnhofs Enge zur Kantonsschule unabhängig vom Projekt zur
Brückenverbreiterung | VTE |
| 7. | 2015/387 | E Postulat der AL-Fraktion vom 02.12.2015:
Amt für Hochbauten, Beschleunigung der Entwicklung der Bau-
und Sanierungsprojekte sowie Senkung der Planungskosten
durch eine Anpassung der Planungsprozesse | VHB |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 78, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

Antrag 139.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Stadt und Kanton wollten gemeinsam den Rosengartentunnel und das Rosengartentram realisieren. In der Zwischenzeit sagte der Kanton, er könne mit der Planung nicht so rasch vorwärtskommen. Der Kantonsrat verlängerte die Frist um ein Jahr. Die VBZ sagte, das Projekt würde viel teurer und man wisse nicht, ob es technisch oder verkehrsplanerisch überhaupt realisierbar sei. Die Kosten sind in der Zwischenzeit von 860 Millionen Franken auf 1,4 Milliarden Franken gestiegen. Da wir nicht wissen, ob der Regierungsrat im April sagt, man habe nun doch nicht das Geld für die Finanzierung, macht es für uns keinen Sinn, dass die Stadt hier noch Geld in die Planung investiert. Wenn der Kanton die Karten aufdeckt und weiterplanen will, können wir darüber diskutieren, ob wir in der Begleitplanung mitmachen.

Martin Bürlimann (SVP): Auf diesem Konto sind 50 000 Franken für Entschädigungen Dienstleistungen Dritter für die städtische Begleitplanung des Vorprojekts Rosengartentunnel enthalten. Aus budgettechnischer Sicht kann man diesen Posten nicht entfernen. Man weiss nicht, ob die Planung stattfinden wird oder nicht. Würde man den Posten nicht budgetieren, müsste später ein Zusatzkredit beantragt werden. Wir sehen keine Notwendigkeit, den Posten zu streichen. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass das Geld nur ausgegeben wird, wenn die Planung stattfindet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Wenn man bei einem solchen Projekt dabei sein will, muss man auch in der Planung mitmachen. Es ist ein bedeutendes Projekt für die Stadt. Verweigern wir es, ist das ein Zeichen an den Kanton, dass sich die Stadt mit einer solchen Situation sehr schwer tut. Markus Knauss (Grüne) will den Tunnel offenbar nicht unterstützen. Er sagte aber nun klar, dass sie bei einer Begleitprojektplanung dabei seien, wenn der Kanton die Karten auf den Tisch lege. Das habe ich gehört. Wir werden sehen, ob er dann tatsächlich mitmacht.

S. 248 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
 3515 Tiefbauamt
 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139. Antrag Stadtrat			5 349 400 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	50 000		5 299 400 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht Begleitplanung Vorprojekt Rosengartentunnel, zuerst weiteres Vorgehen und Planungen des Kantons abwarten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 140.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Ich verstehe diesen Budgetantrag nicht. Wir haben den Stadtrat beauftragt abzuklären, welche Gleisquerung prioritär und sinnvoll ist, auch hinsichtlich Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Negrellisteg, die Verbreiterung der Langstrassen-Unterführung, die Viaduktquerung, die Hardbrücke. Nun soll einfach wieder am Negrellisteg herumgeplant werden. Der Kanton zeigt Interesse an der Viaduktquerung und würde sich auch an der Finanzierung beteiligen. Es wäre nicht sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt Geld in den Negrellisteg zu investieren.

Dr. Urs Egger (FDP): Ich empfehle der Mehrheit, die Anträge 140 und 141 zurückzuziehen. In der Summe betragen die beiden Anträge 250 000 Franken. Auf diesem Konto wurden bei einem anderen Posten aber bereits 457 100 Franken eingespart.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Wir sehen ebenfalls, dass hier bereits eine Kürzung stattgefunden hat. Wir möchten aber trotzdem, dass die Planung der Gleisquerung zuerst zu Ende geführt wird und die Situation somit gesamthaft betrachtet wird, bevor in Planungen für den Negrellisteg investiert wird. Wir werden deshalb in die Enthaltung gehen.

Felix Moser (Grüne): Wir werden diesen und den nachfolgenden Antrag nicht zurückziehen. Die Begründung ist uns sehr wichtig.

S. 248 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
 3515 Tiefbauamt
 3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat			4 570 700 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		100 000		4 470 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht Negrellisteg, zuerst Planung Velo-Gleisquerungen abwarten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 31 Stimmen zu.

Antrag 141.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Knauss (Grüne): In der «NZZ» war zu lesen, Stadtrat Filippo Leutenegger habe der Verkehrskommission einen Veloweg in der Rämistrasse präsentiert. Dem ist nicht so. Auf dem uns gegenüber präsentierten Plan ist der genannte Veloweg nicht enthalten. Der Stadtrat benötigt das Geld offenbar, um allenfalls abzuklären, ob man den Veloweg vor dem Schauspielhaus mit den Gleisverschiebungen erstellen könne. Stadtrat Filippo Leutenegger behandelt die wirklich grossen Fragen nicht, so etwa, ob wir endlich eine vernünftige Gestaltung dieses Platzes erhalten. Wir werden anhand der Weisung zum Heimplatz diskutieren können, welche Lösung wir wollen: Eine kurzfristige, die vielleicht etwas bringt, oder eine, die mittelfristig wirklich bestehen kann. Wir möchten eine grosszügige, gute Platzgestaltung. Deshalb befürworten wir heute die 150 000 Franken nicht. Die entscheidende Debatte wird dann Anfang nächsten Jahres stattfinden.

Martin Bürlimann (SVP): Die Grünen stellen in der Budgetdebatte punktuelle Anträge zu Themen, die eindeutig in einer Kommission behandelt werden müssen. Ich verstehe den Sinn dieser Anträge nicht. Es ist unklar, ob das Projekt beerdigt wird, wenn nun hier der Betrag zurückgewiesen wird, oder ob man den Heimplatz ohne Veloweg bauen muss. Im Übrigen wurde hier bereits eine Kürzung vorgenommen. Solche Fragen gehören grundsätzlich in die Kommission. Wenn man punktuell einen Antrag stellen will, sollte dies mit einem Postulat im normalen Ratsbetrieb erfolgen. Wir sehen keine Veranlassung, an diesem Projekt zu kürzen.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Die Weisung befindet sich bereits zur Beratung in der Kommission. Wir positionieren uns bei diesem Antrag anders als Grüne und SP. Nicht, weil wir einen Entscheid bezüglich des Heimplatzes vorwegnehmen wollen. Vielmehr

möchten wir bei Weisungen, die in der Kommission behandelt werden, keine Kürzungsanträge unterstützen.

Roger Tognella (FDP): Der Antrag ist nicht ehrlich. Markus Knauss (Grüne) hält die Planungsdeen für den Heimplatz für untauglich. Er versprach uns in der Kommission, dass er sagen würde, was er am Heimplatz bezüglich Velomassnahmen wirklich erreichen möchte. Mit der Kürzung um 100 000 Franken beabsichtigt er nun zu verhindern, dass das Tiefbaudepartement überhaupt planen kann. Das Departement kann ohne den Betrag jedoch keinen Auftrag erteilen, wie man hier eine bessere Lösung finden könnte. Den Ingenieuren im Tiefbaudepartement wird damit die Möglichkeit genommen, sich mit dem Thema zu befassen.

Markus Hungerbühler (CVP): Die Weisung befindet sich in der Kommission und wird dort behandelt. Es ist völlig daneben, hier eine Streichung vornehmen zu wollen. Es handelt sich um eine ideologische Strafaktion. Wenn Ruth Genner noch Stadträtin wäre, würden die Grünen den Betrag niemals streichen. Die Grünen sollten ehrlich sein. Die CVP bleibt ihrer Linie treu. Das Thema wird in der Kommission behandelt und es macht keinen Sinn, dass man nun Streichungen vornimmt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich habe das Projekt von meiner Vorgängerin übernommen und kommuniziert, dass das Projekt mit entsprechenden Velomassnahmen umgesetzt werden muss. Es wurden nun zwar einige Velomassnahmen ergriffen, doch auf der Seite der Rämistrasse beim Schauspielhaus haben wir noch keine richtige Lösung gefunden. Die Strasse ist dort zu wenig breit und es liegen zwei Traminseln vor. Eine Lösung wäre, die Traminsel abzubauen und den Strassenperimeter so zu verändern, dass man das Gleis etwas versetzt. Dann hätte man nebst einem Veloweg sogar ein breiteres Trottoir. Dies wäre auch für die Besucher des Schauspielhauses von Vorteil. Doch die Sache ist komplex. Es geht dort um Gleisgeometrie. Das Tram Nr. 8 biegt in die Asylstrasse ab. Wir brauchen den Projektionskredit, damit wir es genau prüfen können und diese Berechnungen durchgeführt werden können. Wenn wir warten, würde sich alles bis 2018 oder 2020 verzögern. Das wollen wir nicht. Wenn nun entschieden wird, den Kredit zu streichen, sollte auch die Verantwortung dafür übernommen werden, dass nicht weitergearbeitet werden kann.

S. 248		35		TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT		
		3515		Tiefbauamt		
		3182 0000		Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
141.	Antrag Stadtrat			4 570 700	Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		150 000		4 420 700	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:		Heimplatz streichen, gemäss Präsentation in SK PD/V ungenügend, muss neu aufgeleitet werden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 142.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es geht um die Strategie 2016ff des TED. Mit Stadtverkehr 2025 existiert bereits eine detaillierte Strategie. Auf meine Nachfrage, warum es eine neue Strategie brauche, wurde geantwortet, es gehe darum, die bereits vorhandenen Ziele zu überprüfen, zu ergänzen und zu ändern. Die Notwendigkeit der neuen Strategie wurde damit begründet, dass das TED einen neuen Vorsteher hat. Mit anderen Worten: Es geht darum, eine Gegenstrategie zu einer bereits existierenden Strategie zu entwickeln. Die Steuerzahler sollen eine Strategie finanzieren, die dazu dient, dass man den Volksentscheid nicht umsetzt. Das können wir nicht befürworten. Wir möchten deshalb hier den Betrag für diese Strategie streichen.

Martin Bürlimann (SVP): Auf dem Konto 3186 sind 100 000 Franken für die Strategie 2016ff eingestellt. Die Strategieperiode 2010 bis 2015 endet dieses Jahr. Für die kommenden 5 Jahre soll die TAZ-Strategie überarbeitet werden. Ich habe nichts gesehen von zwei Strategien, die sich widersprechen sollen. Es geht um verschiedene Zeithorizonte. Gerade im Verkehr ist das auch sinnvoller. Es braucht eine Gesamtstrategie. Die 5-Jahres-Planung muss im Auge behalten und entsprechend durchgezogen werden. Wir sehen deshalb nicht ein, weshalb man die Strategieplanung, die sich bewährt hat, über den Haufen werfen soll.

Weitere Wortmeldung:

Derek Richter (SVP): Hier liegt im Vergleich zum letzten Budget bereits eine Verbesserung von 150 000 Franken vor. Eine weitere Verbesserung um 100 000 Franken drängt sich nicht auf.

S. 248	35 3515 3186 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat				750 000	Minderheit
			100 000		650 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Ausgaben für Strategie 2016ff sind unnötig, da mit Stadtverkehr 2025 bereits eine detaillierte Strategie besteht			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 143.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Im TAZ und bei ERZ soll eine neue Zeiterfassungssoftware beschafft werden. Wir waren erstaunt, warum dies so teuer ist und haben nachgefragt, ob Synergien geprüft worden seien. Die Antwort lautete, man habe keine Synergien geprüft, weder innerhalb vom TED noch mit anderen Dienstabteilungen der Stadt. Ich stellte deshalb ursprünglich den Antrag, alles zu streichen, und die Planung nochmals völlig neu aufzugleisen. Die Lizenzen laufen jedoch Ende 2016 aus. Es wird Ausgaben geben, sei es nun die Verlängerung der Lizenzen oder ein neues Programm. Man müsste zur Steigerung der Effizienz dennoch Synergien mit anderen Dienstabteilungen prüfen. Wir beantragen die Streichung von 100 000 Franken.

Martin Bürlimann (SVP): Auch die Minderheit ist der Meinung, dass Synergien geprüft werden sollten. Doch auch hier handelt es sich um einen Posten, der aus budgettechnischer Sicht im Budget enthalten sein muss. Die Zeiterfassung ist ein gesetzlicher Auftrag und relativ teuer. Es ist schwierig zu planen, wie hoch die Kosten ausfallen werden. Wir vertrauen aber auch hier dem Stadtrat, dass das Geld nicht ausgegeben wird, wenn es nicht absolut notwendig ist. Bei einer allfälligen Kürzung wird es auf einen Zusatzkredit hinauslaufen. Dieses Vorgehen können wir nicht befürworten.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Es sind die ersten Dienstabteilungen, in denen die neue Zeiterfassungssoftware eingeführt wird. Synergien kann man später noch prüfen, wenn die weiteren Dienstabteilungen dazukommen. Im Moment ist es wichtig, dass es vorwärtsgeht und die Software eingeführt wird.

S. 248	35 3515 3189 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat				500 000	Minderheit
			100 000		400 000	Mehrheit
		Begründung:	Synergien mit anderen Dienstabteilungen prüfen, bevor eine neue Zeit- und Leistungserfassungssoftware beschafft wird			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 36 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 144. und 145.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Es geht um den Umbau der Dachslernstrasse. Im Auflageplan ist ein regionaler Radweg eingetragen. Die minimale Durchfahrtsbreite für eine Hauptroute des Masterplans liegt bei 4,5 Metern. Diese Vorgabe wird hier nicht eingehalten. Es könnten aber problemlos 16 Parkplätze aufgehoben werden. Danach könnte ein qualitativ guter Veloweg umgesetzt werden. Die Genossenschaft Halde hat an diesem Strassenabschnitt einen grossen Neubau mit 273 Wohnungen, 750 Veloabstellplätzen und 186 Parkplätzen. Das würde genügend Möglichkeiten lassen, den öffentlichen Grund von den Blau-Zone-Parkplätzen zu befreien und einen vernünftigen Veloweg zu erstellen. Man sollte bei der Planung nochmals über die Bücher gehen und dafür sorgen, dass der Veloweg in genügender Qualität erstellt werden kann.

Martin Bürlimann (SVP): Im Projekt Dachslernstrasse werden keine Velomassnahmen umgesetzt, weil es sich um eine Tempo-30-Zone handelt. Für Tempo-30-Strassen, die nicht Haupt- oder Komforttrouten sind, gilt eine Mindestbreite von 4,0 Metern. Auch dieser Budgetantrag gehört unserer Meinung nach in die Kommission. Wir sehen keine Veranlassung, hier punktuell eine Streichung vorzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Die Dachslernstrasse ist eine Tempo-30-Zone und wird von den VBZ-Bussen 35 und 78 befahren. Wenn ein Veloweg eingebaut würde, würde das die Fahrplanstabilität gefährden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Es sind Velomassnahmen. Es ist eine Tempo-30-Zone. Die Strasse ist 4,30 Meter breit und erfüllt somit den Standard von 4 Metern. Nebst dem Neubau mit sehr vielen neuen Wohnungen und den entsprechenden Pflichtparkplätzen befinden sich an der Strasse auch 5 Mehrfamilienhäuser ohne Tiefgaragen oder Aussenparkplätze. Aus diesem Grund wurden die 16 Parkplätze belassen. Wir können sie nicht ganz aufheben. Die Mehrfamilienhäuser sind auf Aussenparkplätze angewiesen.

Guido Trevisan (GLP): Stadtrat Filippo Leutenegger hat erwähnt, dass sich an der Strasse weitere Häuser befinden. Wir sind aber überzeugt, dass man beim Projekt auf der anderen Strassenseite frühzeitig hätte dafür sorgen können, dass die andern Häuser sich mit privaten Parkplätzen einmieten können. Unserem Wissensstand nach ist eine Veloverbindung auf kommunaler Ebene vorgesehen. Insofern unterstützen wir das Vorhaben, dass dort auch für Velos geeignete Massnahmen umgesetzt werden.

S. 250 35
3515
510101

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144. Antrag Stadtrat			5 442 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

130 000	5 312 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
---------	-----------	----------	--

Begründung: Dachslernstrasse: Streichen, da kein Veloweg geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 145.

Wortmeldungen siehe Antrag 144.

S. 251	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
145.	Antrag Stadtrat				26 638 400	Minderheit
			400 000		26 238 400	Mehrheit
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Dachslernstrasse: Streichen, da kein Veloweg geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 146. und 147.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): *An der Stampfenbachstrasse wird der gesamte Strassenquerschnitt neu erstellt. Auch die Tramgleise werden verschoben. Es wäre an der Zeit, eine neue Verkehrsführung anzudenken. Es handelt sich um eine Hauptroute des regionalen Richtplans. Ein Veloweg müsste hier 1,50 Meter breit sein. Talwärts haben wir diese 1,50 Meter, bergwärts nicht. Das Tiefbauamt behilft sich mit einer 60-cm-Markierung. Diese Breite ist für einen Veloweg nicht annähernd ausreichend. Wir bitten den Stadtrat, nochmals über die Bücher zu gehen. Hauptrouten des Masterplans können nicht mit solch schmalen Velostreifen ausgestattet werden.*

Martin Bürlimann (SVP): *Ich hatte an besagter Stelle noch nie Probleme. Doch auch hier gilt: Solche Themen gehören in die Kommission und nicht in die Budgetdebatte. Wir sehen keinen Anlass, nun in einem sehr komplizierten Projekt diesen einen Punkt herauszugreifen.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): *Ich bin froh, dass nicht alles in der Kommission behandelt wird. Die Grünen versuchen, über das Budget Einfluss auf die entsprechende Planung zu nehmen. Velostandards sind sicher lobenswert. Doch man muss prüfen, was überhaupt möglich ist. Stadteinwärts, wo sich oft Staus bilden, wird ein Velostreifen eingeführt. Das macht dort Sinn. Stadtauswärts sind die Velofahrer etwas langsamer unterwegs. Die 60 cm sind keine Augenweide, doch aufgrund der Hoteleinfahrten und Anlieferungsflächen ist es nicht anders machbar. Im Sinne des Pragmatismus sagen wir Ja zu dieser Lösung, wie sie momentan für die Stampfenbachstrasse vorgesehen ist.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Wir sollten auf diese Lösung verzichten. Es gibt keine wissenschaftliche Studie, die bestätigt, dass eine farbliche Signalisierung etwas bringt. Wir sollten darauf verzichten und nichts umsetzen, das keinen Nutzen bringt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Wir haben versucht, so zu planen, dass wir möglichst gute Massnahmen erreichen. Den Strassenperimeter können wir nicht ändern. Der Kanton würde uns eine Mischverkehrsfläche mit motorisiertem Individualverkehr und Tram aufwärts oder abwärts nicht erlauben. Weil es talwärts die grössten Stausituationen gibt, haben wir entschieden, dort einen Velostreifen einzuplanen. Ursprünglich waren vom Tiefbauamt keine Massnahmen bergaufwärts geplant, weil kein Platz vorhanden war. Viele Velofahrer beschäuft es aber, dass für gewisse Abschnitte Velowege existieren, die sich einige Meter weiter in Luft auflösen und dann woanders wieder fortgesetzt werden. Für diese Situation wollen wir eine Lösung finden. Dort, wo der Strassenperimeter zu schmal ist, um einen Velostreifen zu erstellen, soll wenigstens eine Einfärbung erstellt werden. So sieht der Autofahrer, dass auch Velofahrer auf derselben Fahrbahn fahren müssen. Ich habe in Auftrag gegeben, dass man dies prüfen soll. Es gibt noch Differenzen zwischen der Dienstabteilung Verkehr und dem TAZ bezüglich der Farbe des Streifens. Meiner Meinung nach muss man sehen können, dass dort noch Velos durchfahren. Es ist keine offizielle Massnahme nach Strassenverkehrsordnung, doch immerhin eine Hilfsmassnahme. Mehr ist auf diesem Perimeter nicht herauszuholen.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Was mich an der ganzen Sache stört, sind die Kosten. Für 50 000 Franken könnte man die Strasse auch eigenhändig bemalen.*

STR Filippo Leutenegger: *Wird der Betrag gestrichen, könnten wir nicht am Projekt weiterarbeiten. Selbstverständlich könnten wir den Streifen selber auf die Strasse malen. Ich habe Mario Babini (parteilos) aber noch nie auf einer Baustelle gesehen.*

S. 251	35 3515 510901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Fussgängeranlagen: Sammelkonto			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
146.	Antrag Stadtrat				2 029 500 Minderheit
					Stimmen Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

50 000	1 979 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
Begründung: Stampfenbachstrasse streichen, Velomassnahmen ungenügend, keine nur 60 cm breiten Velostreifen (zu gefährlich)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 147.

Wortmeldungen siehe Antrag 146.

S. 251	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
147.	Antrag Stadtrat				26 638 400
			200 000		26 438 400
					Minderheit
					Mehrheit
					Enthaltung
Begründung: Stampfenbachstrasse streichen, Velomassnahmen ungenügend, keine nur 60 cm breiten Velostreifen (zu gefährlich)					
					Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 148. und 149.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Es geht um die Höneggerstrasse. Die Verwaltung scheint nicht in der Lage zu sein, zeitgerechte Entscheide zu fällen. Wir haben die Höneggerstrasse schon im letzten Budget gestrichen, mit der Begründung, dass dort Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme beschlossen werden sollte. Es wurde uns in Aussicht gestellt, der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) habe einen Antrag auf Tempo 30 gestellt. Darüber werde jedoch erst in einem sogenannten Aufwischprojekt definitiv entschieden. Der Entscheid hat bis heute nicht stattgefunden. Stadtrat Filippo Leutenegger sagt, er sei dafür nicht zuständig, Stadtrat Richard Wolff sei dafür zuständig. Dieser ist nicht hier. Vom UGZ ist auch niemand hier. Niemand weiss, was in diesem Projekt enthalten ist. Wenn die Stadtverwaltung dafür wirklich ein Jahr braucht, sagen wir Nein zu diesem Antrag.

Martin Bürlimann (SVP): Die Lärmsanierung in diesem Strassenabschnitt geschah nicht im Rahmen des Strassenbauprojekts, sondern im Rahmen der kreisweisen Strassenlärmsanierung. Für die Höggerstrasse fand die Lärmsanierung im Rahmen des akustischen Projekts statt. Der Abschnitt Dammstrasse-Wipkingerplatz war darin nicht enthalten. Inzwischen wurde alles geprüft und wird im Frühling 2016 im Aufwischprojekt mit Tempo 30 als Lärmsanierungsmassnahme öffentlich aufliegen. Ich sehe das Problem nicht. Zudem verstehe ich auch hier nicht, weshalb dies nicht im Rahmen eines politischen Vorstosses abgehandelt wird. Wir sehen keine Veranlassung, den Betrag zu streichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Es wurde die Strassenoberfläche erneuert. Wenn die Tempo-30-Massnahmen kommen, werden sie dann eingeführt. Die beiden Projekte waren aber von Beginn an getrennt geplant.

S. 251	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	513000	Bau von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
148.	Antrag Stadtrat				6 420 000	Minderheit
			50 000		6 370 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
						Begründung: Verzicht Höggerstrasse, so lange Tempoentscheid nicht gefällt ist

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 149.

Wortmeldungen siehe Antrag 148.

S. 251	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	513901	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
149.	Antrag Stadtrat				26 638 400	Minderheit
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

1 200 000	25 438 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung: Verzicht Höggerstrasse, so lange Tempoentscheid nicht gefällt ist

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 150. und 151.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Es geht um die Hardstrasse südlich von der Pfingstweidstrasse. Wir glauben, dass die Hardstrasse genügend breit ist für einen Veloweg. Im vorliegenden Projekt hat das Tiefbauamt noch keinen Veloweg eingezeichnet. In den Tempo-30-Zonen werden standardmässig keine Velowege eingeplant. Doch es hat sehr viele Auto- und Fussgängerbewegungen in Bahnhofsnähe. Es müsste eine Ausnahme möglich sein in Form einer räumlichen Trennung von Velo-, Fussgänger- und Autoverkehr. Den Veloweg in die Planung einzubeziehen, wäre eine kleine Sache und wir hätten ein gutes Projekt für alle.

Martin Bürlimann (SVP): Die Haupt- und Komfortroute gemäss Masterplan verläuft nicht entlang der Hardstrasse. Sie tangiert den Projektperimeter nur am Rande im Bereich der Geroldstrasse. Die Tempo-30-Zonen werden in den seltensten Fällen mit Velostreifen oder Velowegen umgesetzt. Das würde im Widerspruch zu den geltenden Normen und Weisungen des ASTRA (Bundesamt für Strassen) stehen. Die Argumentation ist dieselbe wie in anderen Projekten des Stadtrats. Wir sehen keinen Anlass für eine Streichung.

Weitere Wortmeldung:

Guido Trevisan (GLP): Uns leuchtet ein, dass die CVP hier bei der Mehrheit ist. Ein Teil der CVP hat dafür gesorgt, dass der Veloweg über die Hardbrücke zum dritten Mal in der Kommission beraten wird und dann auch noch in den Rat kommt. Wir halten es, wie Florian Utz (SP) argumentiert hat, für sinnvoll, dass man hier eine entsprechende Velomassnahme einplant und schliessen uns der Minderheit an.

S. 251	35 3515 513000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
150.	Antrag Stadtrat				6 420 000	Mehrheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			300 000		6 120 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
						Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)

Begründung: Hardstrasse mit Veloweg planen

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 151.

Wortmeldungen siehe Antrag 150.

S. 251	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
151.	Antrag Stadtrat				26 638 400	Mehrheit
			200 000		26 438 400	Minderheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			Begründung:	Hardstrasse mit Veloweg planen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 152.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Wir kommen nochmals zum Thema Tempo 30. Ich möchte dazu die beiden Gemeinden Zürich und Neftenbach vergleichen. Für beide Gemeinden gelten bezüglich Lärmschutzverordnungen die gleichen Rechtsgrundlagen. Beide Gemeinden verfügen über überkommunales und kommunales Strassennetz. Beide Gemeinden haben Anwohnende und Strassenverkehr. Der Unterschied: Neftenbach hat kein Tram und keinen Flugverkehr. Eine Rechtsgrundlage, die in Neftenbach ebenfalls gilt, wird dort nicht umgesetzt, während man hier versucht, Tempo 30 flächendeckend umzusetzen. Das ist ein Unsinn. Die Massnahme sollte gestrichen werden.

Florian Utz (SP): Nur, weil Neftenbach angeblich vielleicht das Bundesrecht nicht umsetzt, ist das kein Grund dafür, dass Zürich das Recht nicht umsetzt. Wir setzen das Recht um und schützen unsere Einwohnerinnen und Einwohner womöglich besser, als andere Gemeinden dies tun. Es geht aber bei diesem Budgetantrag nicht einmal so sehr um die Frage, ob wir das Bundesrecht umsetzen oder nicht. Die Frage ist vor allem, ob wir es durch Lärmschutzfenster oder durch Tempo 30 umsetzen. Man kann politisch die Haltung einnehmen, dies sollte nur durch Lärmschutzfenster geschehen. Da müsste man aber einen Antrag stellen, diesen Budgetposten zu erhöhen. Denn Lärmschutzfenster sind nun einmal teurer als ein Tempo-30-Schild.

nehmen auf die Gestaltung des Gesamtprojekts und die Gestaltung des Velowegs. Wir können deshalb den Kürzungsantrag nicht unterstützen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1479/2015): Wir haben zwei Projekte: Einerseits die Brückenverbreiterung und andererseits der Treppenabgang, der von der Kantonsschule Enge auf das SBB-Perron führt. Die beiden Projekte haben baulich nichts miteinander zu tun. Nach meinem Kenntnisstand wird die Finanzierung der Treppe durch die Stadt allein getragen. Mit dem Postulat wollen wir erreichen, dass die Treppe unabhängig von der Brücke geplant und realisiert werden kann. Die Projekte sollten getrennt werden. Mit Treppenabgängen bei der Bederbrücke haben wir bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Es wurde jahrelang davon gesprochen, dass der Treppenabgang auf der anderen Seite der Brücke demnächst realisiert würde. Am Ende dauerte es zehn Jahre. Beim zweiten Treppenabgang soll dies nicht noch einmal passieren. Die Treppe ist wichtig. Wir wollen deshalb in Auftrag geben, dass die Treppe unabhängig von der Brücke geplant werden kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Die Brücke wird von den SBB zwischen 2018 und 2020 ersetzt. Die Planung ist in vollem Gange. 2003 erklärte sich der Kanton in einer Vereinbarung mit der Stadt mit der Kap-Haltestelle auf der Brücke einverstanden, unter der Bedingung, dass die Kap-Haltestelle bei einer Sanierung der Brücke entfernt werden müsse. Zwischen dem TAZ und den SBB gibt es einen Vertrag für die Ingenieurleistungen, die nun erbracht werden. Der Treppenabgang ist sehr wichtig. Es liegt eine zeitliche Koinzidenz vor. Man muss koordiniert bauen. Wenn wir die beiden Projekte nicht gleichzeitig umsetzen, wird die gesamte Umgebung zweimal mit massivem Lärm belästigt. Das macht keinen Sinn. Mit dem Auftrag, die beiden Projekte zu trennen, wollen die Initianten im Grunde nur die Brückenverbreiterung verhindern. Wir tragen hier eine Verantwortung für die Stadt. Wenn die Brücke nicht verbreitert wird, schauen wir für die nächsten 80 bis 100 Jahre in die Röhre. Es ist ein absurdes Anliegen. Mit den zusätzlichen 6 Metern erhalten wir nämlich auch die Möglichkeit, einen Veloweg zu erstellen. Wir haben diesen bereits eingeplant und können ihn aber nicht umsetzen, wenn die Brücke nicht verbreitert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Die GLP wird sich bei Antrag 153 der Mehrheit anschliessen, damit weitergeplant werden kann. Die Treppe ist uns wichtig. Der Verkehr stadtauswärts ohne Kap-Haltestelle ist gut geplant, der Verkehr kann abfliessen. Durch die Verbreiterung der Brücke erhalten wir zudem einen Veloweg. Das entspricht unserem Ansinnen. Der Treppenaufgang entspricht einem grossen Bedürfnis der Schüler. Durch den Vertrag mit dem Kanton muss die Stadt nicht alles selber finanzieren. Die SBB beteiligen sich finanziell daran, wenn die beiden Projekte kombiniert durchgeführt werden. Würden die beiden Projekte gestaffelt stattfinden, würden zudem zweimal Lärm und weitere Emissionen anfallen. Wir lehnen das Postulat ab.

Dr. Mario Babini (parteilos): Die Brücke verfügt derzeit nur stadteinwärts über eine Velo- / Fussgängerzone. Als ich kürzlich mit dem Velo in Gegenrichtung durch diese Zone fuhr, erhielt ich eine Busse. Stadtrat Leutenegger konnte mich mit seiner Argumentation nun deshalb vollkommen überzeugen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1479/2015).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1493. Antrag 155.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Wir beantragen, dass bei den Ersatzbeschaffungen auf einige Fahrzeuge wie etwa Kleinlastwagen verzichtet wird. Weiter soll 2016 auf gewisse Fahrzeuge für Reparaturen und Winterdienst und zwei Dienstfahrzeuge des Werkhofleiters verzichtet werden. Es stehen immer noch 30 % mehr Mittel zur Verfügung als 2014.

Florian Utz (SP): Die Minderheit der RPK hat Vertrauen, dass der Stadtrat das Konto vernünftig budgetiert hat und hier nicht unnötig Geld ausgibt.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Das Verhalten der SP ist nicht konsequent. Sie will Strassenprojekte wegstreichen. Gleichzeitig winkt sie Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, die für den Unterhalt der Strassen vorgesehen sind, einfach so durch. Ich kann in dieser Budgetdebatte einiges nicht nachvollziehen.

Roger Tognella (FDP): Wir haben einen Fuhrpark mit einer sehr hohen Erneuerungskadenz. Man hat den Eindruck, dass jede Hauptstrasse in Zürich über ihren eigenen Schneepflug verfügt. Die Gemeinde leistet sich hier etwas, was sehr teuer ist. Der Kürzungsantrag von 200 000 Franken wird deshalb auch keine Rolle spielen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Wenn die 200 000 Franken gestrichen werden, können wir damit leben. Ich verstehe jedoch die kryptische Argumentation nicht. Einige Wagen, insbesondere die kleineren Schneeräumungsfahrzeuge, müssen aus mechanischen Gründen dringend ersetzt werden. Ich wäre froh, wenn dort keine Bedingungen gestellt würden und wir diejenigen Fahrzeuge ersetzen könnten, welche auch wirklich ersetzt werden müssen.

S. 254 35
3515
561000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbauamt
Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
155.	Antrag Stadtrat			1 530 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

200 000

1 330 000 Mehrheit

Shaibal Roy (GLP)
Referent, Martin Bürliemann
(SVP), Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Christian Traber (CVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Auf die Ersatzbeschaffungen einiger Fahrzeuge (z. B. ein Kleinlastwagen/Lieferwagen - für Reparaturen, Unterhalt und Winterdienst, einem Pick-up und zwei Dienstfahrzeugen für die Werkhofleiter) soll im Jahr 2016 verzichtet werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 156.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um das Globalbudget und die Umsetzung der Sammelkürzungen, die wir bereits zu Beginn diskutiert haben, Kontogruppen 3091, 3111, 3180, 3180 0208, 3189. Die Minderheit 1 beantragt eine Sammelkürzung von 20 % im Umfang von 172 100 Franken.

Shaibal Roy (GLP): Wir stellen ebenfalls einen Kürzungsantrag, der allerdings auf die Kontogruppe 3180 beschränkt ist. Wir vertrauen dem Vorsteher des TED, dass hier 14 100 Franken eingespart werden können.

Felix Moser (Grüne): Es ist sinn- und systemwidrig, auf einzelnen REMO-Konten Beträge zu kürzen. Zum Antrag der GLP: Die GLP möchte 14 100 Franken kürzen. Ich weiss nicht, ob sie sich überlegt hat, wie viel das ist und wie sich das nachher auf die Rechnung auswirkt. Dieser Antrag bringt nichts. Den Antrag der FDP verstehe ich nicht. Auf dem Konto 3180 0208 gibt es keine Sammelkürzungen. Es ist das Konto für Dienstleistungen Dritter zur Weiterverrechnung. Das bedeutet, dass dort einfach Einnahmen wegfallen. Wir schliessen uns dem Antrag des Stadtrats an.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir kürzen selbstverständlich nicht auf den REMO-Konten. Wir haben den Betrag dort abgerechnet, dieser wird dann ins Globalbudget übertragen. Das ist der Mechanismus. Beim Konto 3180 0208 liegt vermutlich ein Druckfehler vor.

S. 256 35
3525
Saldo

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Geomatik + Vermessung
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
156. Antrag Stadtrat			3 001 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	172 100		2 829 600 Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	14 100		2 987 600 Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent

Begründung: FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3111, 3180, 3180 0208, 3189; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf der Kontogruppe 3180

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(3 001 700)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 829 600)	49 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2 987 600)	<u>14 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

Antrag 157.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Uns wurde bei Antrag 155 vorgeworfen, dass wir bei den Fahrzeugen nicht genau hinschauen würden. Das haben wir sehr wohl getan. Es sollen 8 Fahrzeuge neu beschafft werden. Die meisten der zu ersetzenden Fahrzeuge weisen rund 50 000 Kilometer auf. Es ist möglich, dass von diesen 8 Fahrzeugen einige trotz weniger Kilometer aus irgendwelchen Gründen ersetzt werden müssen. Insgesamt sind wir aber der Meinung, dass man zumindest bei 6 der 8 Fahrzeuge die Neubeschaffungen um mehr als ein Jahr verzögern könnte, und beantragen deshalb die Streichung der Kosten für Neubeschaffungen.*

S. 258	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3535	Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser			
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
157.	Antrag Stadtrat		140 000		1 289 500
					1 149 500
					Zustimmung
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung
					Vizepräsident Walter Angst (AL)

Antrag 159.

Kommissionsmehrheit:

S. 266	35 3550 3170 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
159.	Antrag Stadtrat				277 500	Minderheit
			27 500		250 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Budgeterhöhung reduzieren			

Reto Rudolf (CVP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 160.

Kommissionsmehrheit:

Walter Angst (AL): *In der Stellungnahme des Gemeindeamts zur Rechnung ist zu entnehmen, dass die Rechtsgrundlage für zusätzliche Abschreibungen nicht gegeben ist. Der Stadt wurde zwar noch eine Übergangsfrist bis zur Einführung von HRM2 gewährt. Doch im Hinblick auf die Diskussionen, die in der Kommission über die Reduktion der Gebühren geführt werden, scheint es uns sinnvoll, dass man mit korrekten Zahlen budgetiert.*

S. 267	35 3550 3320 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
160.	Antrag Stadtrat				14 085 000	Minderheit
			14 085 000		0	Mehrheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Vorgabe Gemeindeamt (Revisionsbericht Finanzkontrolle Stadt Zürich)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 161. und 162.

Kommissionsmehrheit:

Niklaus Scherr (AL): In dem im September vorgelegten Budget war vorgesehen, die Gebühren von ERZ Abfall um die Infrastrukturpreise um 50 % zu reduzieren. In der Weisung, die der Stadtrat im Oktober dem Gemeinderat vorlegte, war nur noch eine Reduktion von 20 % vorgesehen. Wir wollten wissen, wie das zustande kam. Wir haben vom Vorsteher des TED eine Antwort erhalten, die wie folgt lautet: «Der Auftrag, das Budget von ERZ Abfall mit einem Bonus von 50 % zu erstellen, stammt von ERZ. Dies wurde auch vom Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements unterstützt. Entsprechend wurde das Budget vor der Erstellung der erwähnten Weisung fertiggestellt. b) Die Weisung wurde im Stadtrat diskutiert, wobei der Stadtrat anschliessend den Bonus auf 20 % reduziert hat. c) ERZ kennt die Diskussionen im Stadtrat nicht und kann entsprechend die Frage nicht beantworten, warum so entschieden wurde.» Der Vorsteher des TED wurde offenbar im Stadtrat überstimmt. Das ist eine interessante Information. Albert Leiser (FDP) und ich hatten in einer Motion diese Reduktion verlangt. Der freisinnige Vorsteher des TED hatte die Motion in seinem Geiste umsetzen wollen. Er erzählte mir an der Kommissionsitzung dann aber, der Chef des ERZ habe sehr vorsichtig budgetiert und einen etwas zu grossen Betrag eingetragen. Wir sind um des Friedens willen bereit, unseren Antrag zurückzuziehen, weil in der Kommission ein Antrag gestellt wurde, die Reduktion, so wie sie von Stadtrat Filippo Leutenegger ursprünglich beantragt wurde, umzusetzen. Wir werden versuchen, in der Kommission die nötigen Mehrheiten dafür zu finden und auf ein Vorgeplänkel im Gemeinderat verzichten.

S. 269	35 3550 4340 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Benutzungsgebühren und Dienstleistungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
161.	Antrag Stadtrat				-100 062 200 -9 113 400 N	Minderheit
				9 113 400	-100 062 200	Mehrheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne)
			Begründung:	Ursprünglich vorgesehene Reduktion um 50 statt 20 %		

Niklaus Scherr (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 162.

Wortmeldungen siehe Antrag 161.

S. 269	35 3550 4800 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Entnahme aus dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
162.	Antrag Stadtrat				-37 520 400 Minderheit 9 113 400 N	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
			4 971 600		-33 378 600 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Anpassung wegen Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen und höhere Gebührenreduktion			

Niklaus Scherr (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 163.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich zwar um einen Tabellenantrag, doch das Konto wurde weiter vorne nicht entsprechend berücksichtigt. Wir erhalten den Antrag deshalb aufrecht. Wir beantragen eine Kürzung um 20 %, was eine Verbesserung von 20 000 Franken zur Folge hat.*

Walter Angst (AL): *Bei diesem Antrag gingen wir davon aus, dass er sich im Rahmen der Tabellenkürzungen erledigt hätte. Doch die Mehrheit wollte offenbar, dass er zusätzlich drinbleibt. Die Minderheit ist der Meinung, dass die Kürzung überflüssig ist.*

S. 276	35 3560 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
163.	Antrag Stadtrat				120 000 Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			20 000		100 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Aufwand um 20 % senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 164.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): Die Winter werden immer wärmer. Aus unserer Sicht wäre es angebracht, beim Salzstreuen etwas zu reduzieren. Salzen ist ökologisch hochgradig bedenklich. Es beschädigt die Bäume. Man muss diese ersetzen. Das macht keinen Sinn. Wir wollen aber nicht alles streichen und nur den Schneepflügen überlassen, sondern verlangen lediglich eine kleine Reduktion.

Martin Bürlimann (SVP): Wir vertrauen dem Stadtrat und den entsprechenden Dienstabteilungen, dass Salz nur wo nötig eingesetzt wird. Das Bewusstsein ist vorhanden. Man muss auch auf die Unfallgefahr hinweisen. Es sollte bei den Treppen und an steilen Stellen gesalzen werden. An flachen Stellen kann durchaus mehr auf Weissräumung gesetzt werden. Dies wird auch bereits so umgesetzt. Zu diesem Thema wurden auch bereits verschiedene Postulate eingereicht. Wir haben das in den Kommissionen schon ausführlich diskutiert. Die Salzkosten werden jährlich berechnet. Bei einem schneereichen Winter wird jeweils ein Zusatzkredit beantragt. Vielleicht könnte man einmal einen mehrjährigen Durchschnitt berechnen. Dann hätten wir einen konstanten Betrag im Budget, der sich im Durchschnitt einpendeln würde. In vorliegenden Fall aber ist die Kürzung nicht notwendig.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Dass die Winter immer wärmer werden, hat nicht in jedem Fall einen Zusammenhang mit dem Schneefall. Gerade 2015 fiel so viel Schnee, dass ein Zusatzkredit beantragt werden musste, da mehr gesalzen werden musste. In Witikon beispielsweise gab es lange nicht mehr so viel Schnee wie 2015. Ohne Salzen geht es dort nicht.

Dr. Urs Egger (FDP): Ab einem gewissen Alter muss man sich im Schnee etwas vorsichtiger bewegen. Ich möchte für diese Altersgruppe eine Lanze brechen. Wird nicht gesalzen, wird die Infrastruktur unserer Spitäler überbelastet. Die Notaufnahme würde vermutlich zusammenbrechen. Im Namen der älteren Bevölkerung dürfen wir uns das nicht bieten lassen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Das Thema wird praktisch jedes Jahr diskutiert. Es gibt offenbar einen Deal zwischen TED und Gemeinderat, dass stets das Minimum budgetiert wird und bei einer erhöhten Schneemenge ein Zusatzkredit gesprochen wird. Wenn es eisig ist, trifft es nicht nur die älteren Menschen, sondern auch die Velofahrer. Wenn wir nicht salzen, gibt es Reklamationen und Unfälle. Ich erhalte relativ viele Reklamationen, es sei zu wenig gepfadet, es sei eisig. Ich bin froh, wenn ich konkrete Hinweise erhalte, wenn wir an einem bestimmten Ort zu viel salzen. Mit dem Budget allein ist es aber nicht getan. Wir haben auch Pflichten, die wir bei der Schneeräumung erfüllen müssen. In der Realität spielt die Kürzung deshalb keine grosse Rolle. Wenn es

mehr schneit und eisig ist, brauchen wir nun mal mehr Salz und dann wird ein Zusatzkredit beantragt werden.

S. 276	35 3560 3131 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Materialien für den baulichen Unterhalt				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
164.	Antrag Stadtrat				300 000	Minderheit
			50 000		250 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Salzverbrauch reduzieren durch mehr Weissräumung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Maschinen, Geräte und Fahrzeuge müssen gewartet werden. Mit der Modernisierung der Fahrzeuge sinkt jedoch der Unterhaltsaufwand. Die moderne Technologie erlaubt einen längeren Rhythmus. Wir beantragten deshalb eine Senkung dieses Aufwands um 200 000 Franken.*

Felix Moser (Grüne): *Die Kosten sind im vergangenen Jahr angestiegen, weil mittlerweile eine korrekte Verrechnung stattfindet. Früher wurden die Infrastrukturkosten des Werkstattbetriebs Wallisellen über ERZ Abwasser verrechnet. Nun werden sie korrekt über ERZ Stadtreinigung verrechnet. Den Aufwand um 200 000 Franken zu kürzen, scheint uns nicht angebracht.*

S. 276	35 3560 3151 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
165.	Antrag Stadtrat				2 747 500	Mehrheit
			200 000		2 547 500	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Aufwand um Fr. 200 000 senken			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Eva Hirsiger (Grüne): Es geht um die Badetücher-Aktion. Die konventionelle Baumwollproduktion ist ökologisch katastrophal. Eine Katastrophe sind oft auch die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken. Die Minderheit beantragt deshalb eine Erhöhung um 5000 Franken für fair produzierte Badetücher aus biologischer Baumwolle.

Martin Bürlimann (SVP): Gegen die Aktion an sich spricht nichts. Die Erhöhung um 5000 Franken ist aber völlig überflüssig. Das Bewusstsein ist da, dass nicht das Billigste vom Billigen eingekauft wird. Man achtet darauf, was man einkauft. Aus meiner Sicht handelt es sich hier um einen Pseudovorstoss, damit sich die Grünen präsentieren können.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Der Antrag passt zu den Grünen. Die Begründung jedoch, dass Badetücher aus fairtrade-Baumwolle angeschafft werden sollen, damit sie wie aufgeführt „nachhaltig Freude bereiten“, gehört für mich dann schon eher in die esoterische Ecke. Die Mitarbeitenden der Verwaltung sollten selber wählen, welche Tücher sie benutzen.

S. 277 35
3560
3180 0000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
166.	Antrag Stadtrat			3 096 500	Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			5 000	3 101 500	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Badetücher aus biologischer und fairtrade-Baumwolle anschaffen, damit sie nachhaltig Freude bereiten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 56 Stimmen zu.

Antrag 167.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Wir beantragen, dass bei den Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen mit einer verzögerten Anschaffung gearbeitet wird und der Aufwand entsprechend um 250 000 Franken reduziert wird.

Florian Utz (SP): Auch hier hat die Minderheit das Vertrauen in die Budgetierung des TED-Vorstehers. Es werden in diesem Antrag nicht konkrete Maschinen, Geräte oder Fahrzeuge genannt, die nicht beschafft werden sollten. Dass man etwas erst im Januar statt im Dezember beschafft, ist möglich. Günstiger wird es aber dadurch auch nicht.

S. 278	35 3560 500002	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
167.	Antrag Stadtrat				1 450 000	Minderheit
			250 000		1 200 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:			
						Aufwand um Fr. 250 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 168.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es geht um den Anteil der ökologischen Flächen, der im Globalbudget von Grün Stadt Zürich ausgewiesen wird. Der Anteil beträgt heute 10,2 %. Der Stadtrat hat sich das Ziel gesetzt, dass 10 % der Fläche ökologisch wertvoll sein soll. Diese Prozentzahl stellt gegenüber den erwähnten 10,2 % eine Senkung dar. Dass man sich selber eine wenig ambitionöse Zielvorgabe setzt, hält die Mehrheit der RPK nicht für sinnvoll. Es wäre nicht realistisch, den Wert in einem Jahr von 10,2 % auf 12 % oder 20 % zu erhöhen. Doch eine Zielvorgabe, die ganz leicht über dem Ist-Zustand angesetzt ist, wäre angemessen. Wir beantragen, dass der Wert auf 10,5 % statt 10,0 % festgelegt wird.

Martin Bürlimann (SVP): Die Aussage von Florian Utz (SP) ist nicht ganz korrekt. Der Anteil an ökologisch wertvollen Flächen liegt bei 10,2 %. Das Ziel von Grün Stadt Zürich ist es, die Biodiversität zu fördern. Aus diesem Grund wurde der Zielwert „mindestens 10 %“ definiert. Das ist auch entsprechend festgehalten. Der Zielwert entspricht der Formulierung aus der Motion Nagel/Kisker 2010/72. Diese war die Grundlage für die Steuerungsgrösse. Vier Jahre nach der Motion kommt nun von den Grünen ein

punktuellem Budgetantrag, der diesen aus der Motion entstandenen Wert erhöhen will. Das ist ein seltsames Vorgehen. Man müsste nochmals eine zweite Motion machen, um den Wert zu erhöhen. Abgesehen davon würden die Kosten mit einer Erhöhung des Werts massiv steigen. Im Vergleich zu anderen Städten ist 10 % ein sehr guter Wert. Wir haben relativ wenig Verständnis für diesen Antrag. Wenn es eine Möglichkeit gibt, den Wert zu erhöhen, wird Grün Stadt Zürich diese sicherlich nutzen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): *Es ist Sinn und Zweck einer Steuerungsvorgabe, dass der Gemeinderat bei jedem Budget die Steuerungsvorgabe festlegen kann und man nicht eine neue Motion einreichen muss, nach der es dann wieder 2 Jahre dauert, um die Steuerungsvorgabe zu ändern. Es war auch Sinn und Zweck der Motion, dass wir dieses Instrument zur Verfügung erhalten. Wenn wir das Instrument nun nutzen, ist das genau im Sinn und Zweck der Motion.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Ich sehe dies etwas anders als Florian Utz (SP). Wir weisen derzeit rund 560 Hektaren ökologisch wertvolle Flächen aus. Man wird auch im Rahmen der Verdichtung, der Überbauungen in nächster Zeit alle Hände voll damit zu tun haben, die 10 % aufrecht zu erhalten. Wir haben mit Grün Stadt Zürich in der Kommission intensiv an diesem Thema gearbeitet. Man kann nicht einfach an den Prozenten herumschrauben. Es sind komplexe Zusammenhänge, die enorme Kosten auslösen. In der Stadt würde die Erhöhung etwa 17 Hektaren an zusätzlichen ökologisch wertvollen Flächen entsprechen. Wir können diese Flächen nicht erfinden. Die Bedingung kann in den nächsten Jahren nicht erfüllt werden. Es braucht Jahre. Es kostet uns zwischen 400 000 und 600 000 Franken, wenn wir diese Vorgabe erfüllen wollen. Es scheint mir seltsam, dass die RPK in ein derart komplexes Gebilde eingreift und ein halbes Prozent Erhöhung verlangt. Ich empfehle, das Anliegen ordentlich in die Fachkommission einzubringen. Ich setze mich sehr dafür ein, dass wir an diesem Thema arbeiten. Im Rahmen der Budgetdiskussion eine derart komplexe Steuerungsgrösse zu verändern, wäre aber ein Schnellschuss.*

S. 279	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
168.	Antrag Stadtrat				Minderheit
					Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «Anteil ökologisch wertvoller Fläche im Siedlungsraum» auf 10,5 % festzulegen.			Mehrheit
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
					Enthaltung
					Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Der Anteil der ökologisch wertvollen Flächen soll nicht gesenkt werden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 57 Stimmen zu.

Antrag 169.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Simon Kälin (Grüne): Die Laubbläser stellen in der gesamten Stadt immer wieder ein grosses Ärgernis dar. Sie sind störend laut und nur von beschränkter Effizienz, zum Beispiel auf nassen Strassen, wo Laubblätter und andere Schmutzpartikel sehr gut haften bleiben. Die Arbeit mit dem Besen ist wesentlich einfacher und effizienter. Man muss zwischen Laubbläsern mit Verbrennungsmotor und elektrisch betriebenen Geräten unterscheiden. Zwar sind die elektrischen Laubbläser energetisch effizienter als solche mit einem Verbrennungsmotor, doch im Vergleich zum Besen sind auch die elektrischen Geräte nur beschränkt effizienter und erzielen kaum die erwünschte Reinigungswirkung. Die lauten und gleichzeitig unregelmässigen Geräusche bewirken eine besonders starke Lärmbelastung der Umgebung. Die starken Luftströme des Laubbläsert sind zudem ein hygienisches Problem, weil zahlreiche Bakterien und Viren in die Luft hochgewirbelt werden. Auch werden Klein- und Kleinstlebewesen auf dem Boden beeinträchtigt. Immer mehr werden die Laubbläser auch ausserhalb des Herbstes benutzt. Die Technologie der Geräte ist ausserdem bei Weitem noch nicht ausgereift. Wir sind gegen die Neubeschaffung von technologisch nicht ausgereiften Geräten mit ihren umweltschädlichen Folgen.

Roger Tognella (FDP): Analog zur Haltung der Grünen zum Thema Verkehrslärm müsste man nun hier zum Schluss kommen, dass man das Übel an der Wurzel packen muss: Nicht der Laubbläser ist das Problem, sondern der Baum. Die Laubbläser werden inzwischen elektrisch betrieben. Deshalb sind sie weniger leistungsfähig. Bei feuchtem Boden bringt man die Blätter dann tatsächlich nicht mehr vom Platz. Hauswarte, die täglich damit zu tun haben, wissen hier aber sicherlich besser Bescheid als wir.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Das Votum der Grünen hat uns nicht überzeugt. Wir wechseln von der Mehrheit zur Minderheit.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich hätte einen Verbesserungsvorschlag, wie nicht nur mehr Ruhe erzielt werden kann, sondern auch noch zusätzliche Kosten eingespart werden können: Für die Arbeit mit den Besen könnten Asylbewerber eingesetzt werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich bin völlig einverstanden, Laubbläser nerven, insbesondere diejenigen mit dem Verbrennungsmotor. Es geht aber nicht ganz ohne Laubbläser. Wenn wir einen Laubbläser ersetzen wollen, brauchen wir dafür 3 Besen und 3 Personen, die diese Besen bedienen. Wir würden für den Herbst temporär 160 Mitarbeiter mehr benötigen. Das sind zusätzliche Ausgaben. Derzeit sind im Übrigen vor allem elektrische Laubbläser im Einsatz, ausser an den Orten, wo keine elektrischen Anschlüsse vorhanden sind.

S. 279 35
3570
PG 2

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
169. Antrag Stadtrat			56 669 900 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
	80 000		56 589 900 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine neuen Beschaffungen von Laubbläsern

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 170.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat ursprünglich zusammen mit der CVP und der SVP eine Kürzung von 20 % auf den aufgeführten Kontogruppen vorgeschlagen. Wir ziehen diesen Antrag nun zurück und wechseln zur Minderheit 2.

Shaibal Roy (GLP): Wir beantragen entsprechend den Tabellenkürzungen eine Kürzung um 10 % auf den Kontogruppen Personalwerbung, Druckreproduktionskosten, Dienstleistungen Dritter und Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter. Der Betrag entspricht rund 1 % des Globalbudgets. Das ist durchaus umsetzbar.

Felix Moser (Grüne): Wenn man die Globalbudgets inhaltlich steuern will, übersteuert man die Steuerungsgrössen. Wenn man Dienstleistungen Dritter kürzen will, müsste man sich eine Steuerungsgrösse in diese Richtung einfallen lassen. Doch so macht das keinen Sinn. Wir befürchten, dass Grün Stadt Zürich nicht nur bei den Dingen sparen müssten, die nun als überflüssig dargestellt wurden, sondern auch bei Leistungen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Ich möchte darauf hinweisen, dass es konkret um eine Saldoverbesserung geht.

S. 279 **35**
3570
Saldo

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
170. Antrag Stadtrat			76 934 900	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	2 162 700		74 772 200	Minderheit 1 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	839 700		76 095 200	Minderheit 2 Shaibal Roy (GLP) Referent
	Begründung: FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3107, 3111, 3180, 3186, 3189; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3092, 3101, 3180, 3186			

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 171.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es geht um die Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen bei Grün Stadt Zürich. Wir streben hier an, dass mit einer verzögerten Anschaffung gearbeitet wird. Beim vorliegenden Konto ist zusätzlich spezifisch zu erwähnen, dass der Aufwand auch nach einer Kürzung von 200 000 Franken immer noch deutlich unter dem Langjahresschnitt liegen wird.*

Florian Utz (SP): *Ich kann im Wesentlichen auf unsere bisherigen Stellungnahmen zu den analogen Konten verweisen. Bei diesem Konto gibt es im Gegensatz zu den anderen, vorhin erwähnten Konten, auch keine Hinweise darauf, dass die Maschinen oder Fahrzeuge, die neu beschafft werden sollen, sehr neu wären. Wir unterstützen hier deshalb den Antrag des Stadtrats.*

S. 280 **35**
3570
55061000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
171. Antrag Stadtrat			1 000 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
	200 000		800 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Aufwand um Fr. 200 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Es geht um die Personalwerbung beim Amt für Städtebau. Das Konto wurde schon bei den tabellarischen Anträgen behandelt, allerdings nicht in Bezug auf diese Dienstabteilung. Deshalb wollen wir den Antrag aufrechterhalten. Wir sind der Meinung, dass die Stelleninserate digital aufgeschaltet werden sollten. Firmen inserieren heutzutage nicht mehr auf Papier. Auch eine öffentliche Verwaltung könnte darauf verzichten.

Andrea Nüssli (SP): Die Ausgaben im Bereich Personalwerbung sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Man hat vermehrt digital inseriert. Doch im Amt für Städtebau sind spezielle Fachstellen zu besetzen. Für diese muss man in entsprechenden Fachzeitschriften publizieren, um die richtigen Personen anzusprechen und Spezialistinnen und Spezialisten zu finden.

S. 286	40	HOCHBAUDEPARTEMENT			
	4015	Amt für Städtebau			
	3092 0000	Personalwerbung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
172.	Antrag Stadtrat				60 000 Mehrheit
			10 000		50 000 Minderheit
					Enthaltung
					Stimmen
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP) Shaibal Roy (GLP)

Begründung: Werbung digital und zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Für den Erhalt des Fotobestandes des baugeschichtlichen Archivs sind offenbar beträchtliche Mehrausgaben erforderlich. Beim vorliegenden Antrag geht es um die Stiftung, die gegründet werden soll, um die Fotobestände zu erhalten. Wir anerkennen, dass es beim Fotobestand um ein zu erhaltendes Kulturgut geht. Deshalb stellen wir auch nicht bei der Finanzierung der sofortigen Erhaltungsmassnahmen einen Antrag. Das Argument, dass mit der Stiftungsgründung Drittmittel generiert werden können, trifft sicherlich zu. Durch die Nutzung von Synergien von existierenden Foto- und Stadtarchiven hätte man aber eine wesentlich effizientere und kostengünstigere Lösung finden können.

Andrea Nüssli (SP): Shaibal Roy (GLP) hat soeben alle Argumente geliefert, warum es Sinn macht, eine Stiftung zu gründen. Die Mehrheit hält die Idee des Stadtrats mit der Stiftung für eine gute Idee und unterstützt diese.

Weitere Wortmeldung:

Reto Vogelbacher (CVP): Die Fotobestände sind sehr wertvoll. Die Fotos müssen aufgearbeitet und digitalisiert werden. Das hat nichts mit Denkmalschutz zu tun. Man will aufzeigen, wie die Gebäudeentwicklungen in der Stadt verliefen. Mit der Gründung einer Stiftung kommt man leichter an Gelder von Privaten, die keine Beiträge leisten würden, wenn alles bei der Stadt bleiben würde. Man könnte beispielsweise auch Gelder vom Lotteriefonds erhalten. Die CVP schliesst sich der Mehrheit an.

S. 288	40 4015 3650 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Die Notwendigkeit der Stiftungsgründung bzw. der daraus resultierenden Einsparungen ist nicht ersichtlich		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 49 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 174. und 175. (Postulat GR Nr. 2015/387)

Kommissionsreferent:

Raphaël Tschanz (FDP): Der Stadtrat hat bei der Schaffung von Planstellen 3 Stellen

von der IMMO zum Amt für Hochbauten verschoben und beantragt zusätzlich 5 Stellen im Amt für Hochbauten. Das sind insgesamt 8 Stellen. Eine Kürzung von 1,5 Stellen wäre aus Sicht der RPK durchaus zu bewältigen. Ausserdem wurde auf dem Konto 3182, Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter, bereits eine Kürzung beschlossen. Somit ist auch hier weniger Personal für diese Projekte notwendig.

S. 289	40 4020 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
174.	Antrag Stadtrat				
					14 675 400
					420 900 N
			150 000		14 946 300
					Zustimmung
					Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	3,5 statt 5 Stellen schaffen	

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

1512. 2015/387

Postulat der AL-Fraktion vom 02.12.2015:

Amt für Hochbauten, Beschleunigung der Entwicklung der Bau- und Sanierungsprojekte sowie Senkung der Planungskosten durch eine Anpassung der Planungsprozesse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 174. (Beschluss-Nr. 1493/2015)

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1493. Antrag 176.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Auch hier vertreten wir die Haltung, dass Inserate und Werbung für Personalstellen digital aufgeschaltet werden sollten. Eine Kürzung von 10 000 Franken ist vertretbar.

Andrea Nüssli (SP): Auch im Amt für Hochbauten braucht es für die Fachstellen spezialisierte Berufskennntnisse. Die Stellen müssen deshalb in Fachzeitschriften publiziert werden.

S. 289	40 4020 3092 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
176.	Antrag Stadtrat				65 000	Mehrheit
			10 000		55 000	Minderheit
						Enthaltung
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP) Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Werbung digital und zurück auf Rechnung 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 177.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Im Amt für Hochbauten haben wir verschiedene Konten, aus denen wirtschaftlich nicht finanzierbare, in Bauprojekte überwälzbare energetische Projekte finanziert werden können. Beim ersten Konto handelt es sich um allgemeine Studien. Dort wird überprüft, wie mit einer Optimierung eines Bauprozesses oder baulichen Massnahmen ein Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft realisiert werden könnte. Im letzten Jahr konnten die Ausgaben auf eine halbe Million Franken reduziert werden. Die Ausgaben waren in den Vorjahren teilweise erheblich höher. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine weitere Reduktion erfolgen soll. Die Verwaltung argumentiert zwar, dass die Verwaltungskosten dieses Kontos höher seien als das, was man nachher damit realisieren könne. Dennoch ist die Mehrheit der RPK der Meinung, dass man es ein zweites Jahr mit einem angepassten Betrag versuchen sollte. Es geht generell um die Frage, wie viele Zusatzinvestitionen wir uns für die Realisierung der 7-Meilen Schritte leisten können. Man kann dann im nächsten Jahr entscheiden, ob der Kredit wieder erhöht werden soll.

Matthias Probst (Grüne): Es handelt sich dabei nicht um ein Investitionskonto zur Realisierung bestimmter Bauprojekte, sondern um Grundlagenforschung, die man anschliessend auch auf andere Bauprojekte anwenden kann. In einem normalen Kredit für eine Liegenschaft sind diese Kosten nicht abgedeckt. Durch die Forschung soll herausgefunden werden, wie kostengünstiger 2000-Watt-konforme Häuser erstellt werden können. Es wird geforscht, wie Preise für die dringend notwendigen energetischen Massnahmen gesenkt werden können. Es können dadurch Dinge herausgefunden werden, die in Zukunft nützlich angewendet werden können. Eine Kürzung würde verhindern, dass wir uns weiterbewegen können. Langfristig kann viel Geld gespart werden, in dem die Stadt Zürich in die Grundlagen investiert.

S. 290	40 4020 3141 0200	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
177.	Antrag Stadtrat				1 000 000	Minderheit
			500 000		500 000	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Zurückhaltender Mitteleinsatz

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 178.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Es geht um einen Rahmenkredit bezüglich Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften. Mit diesem Rahmenkredit kann der Stadtrat Ausgaben im Nachhaltigkeitsbereich finanzieren, welche nicht gebunden wären und über 2 Millionen Franken liegen würden, ohne dass dem Gemeinderat dafür eine Vorlage unterbreitet werden muss. Diese Situation haben wir nun in der Spezialkommission in Zusammenhang mit dem Tramdepot Elisabethenstrasse diskutiert. Die Fragestellung ist, wie viel Geld wir dem Rahmenkredit jährlich entnehmen wollen und wie lange er ausreichen soll, um zusätzliche Massnahmen, die ökonomisch im Moment noch nicht nachhaltig sind, zu finanzieren. Der Beitrag war in den ersten Jahren relativ bescheiden. In den letzten Jahren stieg er stark an, wohl auch im Zusammenhang mit der enormen Menge an Sanierungen, die derzeit stattfinden. Insgesamt stellt sich aber für den Gemeinderat die Frage, wie viel Geld er jährlich über den Budgetkredit zur Verfügung stellen will, um solche Massnahmen zu finanzieren. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man hier eine langfristige Strategie verfolgen soll, damit der Rahmenkredit über 18 Millionen Franken ein paar Jahre länger hält. Der Stadtrat hat einen erheblich höheren Beitrag beantragt. Die Mehrheit beantragt, wieder auf das Mittel der letzten 5 Jahre zurückzugehen.

Matthias Probst (Grüne): Es geht hier nicht einfach um Renovationen von Liegenschaften. Das erwähnte Tramdepot würde nicht unter diesen Kredit fallen. Mit dem Kredit können Massnahmen finanziert werden, die sonst nicht realisiert würden, weil sie zurzeit noch nicht wirtschaftlich sind, in Zukunft aber durchaus lukrativ werden könnten. Finanziert werden zum Beispiel eine Biogasanlage, der Einsatz von LED-Leuchten oder eine PV-Anlage mit Dünnschichttechnologie. Diese Projekte sind nah an der Wirtschaftlichkeit. Die Stadt täte gut daran, diese Projekte in einem Markt von sehr innovativen Technologien weiter zu fördern. Wir machen uns damit fit für die Zukunft. Wenn der Rahmenkredit aufgebraucht ist, wird der Gemeinderat wohl rasch einen neuen Rahmenkredit schaffen. Denkbar wäre dann auch eine Auswertung der bisher finanzierten Massnahmen. Bisher sieht es sehr überzeugend aus.

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): Zum Tramdepot: Mit 3,03 Millionen Franken von den insgesamt 18 Millionen Franken des Rahmenkredits werden nicht rentable, ökologisch motivierte Investitionen für dieses Projekt finanziert. Es wurde gesagt, dass bei diesen Massnahmen noch nicht das ökologische Maximum erreicht wird. Gemäss den Bestimmungen dürfen über den Kredit nur Massnahmen unterstützt werden, die über die Vorgaben des Masterplan Energie und über die 7-Meilenschritte hinausgehen. Das Depot Elisabethenstrasse bleibt auch mit der doppelten Innenverglasung immer noch weit hinter den 7-Meilenschritten. Es ist eine Zweckentfremdung des Kredits. Das Tramdepot ist ein problematisches Objekt. Man stopft dort mit diesem Kredit ein Loch, anstelle sich die Investition vom ZVV finanzieren zu lassen.

Thomas Schwendener (SVP): Man sollte sich bei diesem Rahmenkredit nicht zu grosszügig bedienen. Es ist vernünftiger, Projekte gestaffelt auszuführen, gerade wenn es den städtischen Finanzen nicht gut geht.

S. 291	40 4020 563010	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
178.	Antrag Stadtrat				2 532 600	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			1 000 000		1 532 600	Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Zurückhaltender Mitteleinsatz		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 58 Stimmen zu.

Antrag 179.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Hier geht es um Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften. Energiesparmassnahmen haben durchaus ihre Berechtigung. Als Laie fragt man sich aber beim Betrachten der Projektliste, was die Projekte mit Energiesparmassnahmen zu tun haben. In der Schulanlage Blumenfeld wird beispielsweise CO₂-reduzierter Beton unterstützt. Da geht es um Luftqualität. Das hat nichts mit Energiesparmassnahmen zu tun. Weiter sind ein Monitoring und eine Mitarbeitersensibilisierung aufgeführt. Auch hier sehe ich nicht, was das mit Energiesparmassnahmen zu tun hat. Ökologie und Ökonomie haben durchaus etwas miteinander zu tun. Es sind auch Massnahmen zu unterstützen, die ökonomisch sinnvoll sind. Aber alles unter dem Obergriff Energiesparmassnahmen zu vertreten, ist nicht im Sinne des Rahmenkredits. Die Ausgaben haben sich zwischen 2014 und 2016 im

Vergleich zu den Ausgaben zwischen 2010 und 2013 mehr als verdoppelt. Offenbar sind die Beträge nicht auf einzelne Projekte beschränkt. Das Konto wird als Giesskannenkonto verwendet. Es wird beliebig Geld ausgegeben. Das ist unserer Meinung nach nicht sinnvoll. Wir beantragen, den Betrag wieder auf das Niveau zwischen 2010 und 2013 zu senken.

Matthias Probst (Grüne): Es geht um einen Rahmenkredit von 10 Millionen Franken, aus dem Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften finanziert werden sollen. Vier von fünf Projekten in diesem Jahr sind Wärmepumpenprojekte. Die Massnahmen sind aus ökologischer Sicht sehr sinnvoll, aber bewegen sich nur an der Grenze zur Wirtschaftlichkeit. Wir sind deshalb sehr froh, dass der Rahmenkredit vorhanden ist und sich die Stadt auch hier für die Zukunft positionieren kann. Langfristig sparen wir auch hier viel Geld. Gebaut wird für eine sehr lange Zeit und nicht nur für die nächsten paar Jahre.

S. 291	40 4020 563020	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für zusätzliche Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				3 057 000	Mehrheit
			2 145 000		912 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine weitere Investition			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 180.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Wir kommen hier zu einem Antrag, der ein Problem mit der Umsetzung von Gemeinderatswünschen thematisiert. Der Stadtrat hat im Budget 2014 drei Portfoliomanagerstellen in der IMMO beantragt. Der Gemeinderat beschloss, diese drei Stellen zu streichen. Der Stadtrat beliess die Stellen aber im Stellenplan und budgetierte sie 2015 erneut. Sie wurden dann wieder entfernt. Die IMMO hat drei Stellen dem Amt für Hochbauten für die Planung abgegeben. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die IMMO nicht drei Stellen zusätzlich für Projektbegleitung im Immobilienportfolio aufbauen sollte. Das Portfoliomanagement ist auf gutem Weg. Man muss aber sowohl in den Dienstabteilungen als auch in der IMMO Ressourcen aufbauen, um das komplizierte Konstrukt der Eigentümervertretung und der IMMO noch in Gang halten zu können. Es sollte darauf geachtet werden, dass nebst der IMMO nicht auch noch in den Dienstabteilungen eine Bürokratie aufgebaut wird. Die Mehrheit der RPK möchte dem Hochbaudepartement und der IMMO beliebt machen, das Portfoliomanagement von der Verwaltung mit den bestehenden Ressourcen zu

realisieren. Man sollte bei den Beschlüssen bleiben, die gefällt wurden, und die drei Portfoliomanager nicht bewilligen.

Andrea Nüssli (SP): In der Portfoliostrategie würden Ressourcen benötigt für die stadtweite Koordination von städtischem Raumbedarf und die Mitarbeit in Planungsteams. Das soll vorwärtsgetrieben werden. Die Minderheit der RPK ist deshalb der Meinung, dass diese Stellen bewilligt werden sollten. Die IMMO hat gezeigt, dass es nicht vorwärtsgeht, wenn sie mit den bestehenden Ressourcen arbeiten muss.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP wird zur Mehrheit wechseln. Wir haben auf dem Konto 3010 nicht die Kürzung erreicht, die wir anzielten. Die Argumentation geht in die Richtung, die wir umgesetzt haben wollen.

S. 294	40 4040 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat				31 985 000	Minderheit
			366 000		31 619 000	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Saldoneutrale Umsetzung des Portfolio-Managements			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 181.

Kommissionsreferent:

Raphaël Tschanz (FDP): Der Betrag wurde gemäss Antwort des Stadtrats irrtümlich ins Budget gestellt. Er ist Teil der zentralen Lohnmassnahmen. Die 17 500 Franken auf diesem Konto können gekürzt werden.

S. 294	40 4040 3099 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
181.	Antrag Stadtrat				175 000	

Antrag 183.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um den Ersatz von Tischplatten. Wir halten die Begründung für fadenscheinig. Einige Personen können hier mehr dazu sagen und werden unsere Haltung genauer ausführen. Wir beantragen eine Kürzung um 56 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Aus den Antworten von Stadtrat André Odermatt wird klar, dass die Tischplatten in regelmässigen Abständen ersetzt werden müssen. Sie sind abgenutzt. Aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Antworten des Stadtrats ist die Mehrheit mit der Begründung des Stadtrats einverstanden.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Schwendener (SVP): Es wäre mir völlig neu, dass Tischplatten ersetzt werden müssen. Wir haben hier robuste Tischplatten, die in gutem Zustand sind. Man müsste aber auf jeden Fall schon bei der Anschaffung genau prüfen, von welchem Produzenten man welche Tischplatten bezieht. Wenn es wirklich so schlimm sein soll, kann man aber durchaus auch andere Ideen entwickeln. Um die Abnutzung zu verringern, empfehle ich der Verwaltung zum Beispiel, beim Zubehör Schreibmatten zu ergänzen, die auf die Tischplatten gelegt werden können oder die Benutzer schriftlich darauf hinzuweisen, dass sie auf einen schonenden Umgang mit den Tischplatten achten sollen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wir haben Planungskennzahlen und wissen aus Erfahrung, dass die Tischplatten zwei- bis dreimal ausgetauscht werden müssen. Sie werden aber nur ausgetauscht, wenn es notwendig ist. Ich höre gern, dass wir robustes Material eingekauft haben und dass gewisse Gemeinderäte derart sorgfältig mit den Tischplatten umgehen, dass sie immer noch ganz sind.

S. 296	40 4040 3159 0100	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Unterhalt übrige Mobilien Verwaltung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
183.	Antrag Stadtrat				120 000	Mehrheit
			56 000		64 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:			Fadenscheinige Begründung, Tischplatten müssen nicht ersetzt werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Die Fachstelle Graffiti hat in den letzten zehn Jahren sehr gute Arbeit geleistet hat. Es sind deutlich weniger Schmierereien im öffentlichen Raum festzustellen. Offenbar wurde eine Taktik angewendet, die schnell und konsequent ist. Diese führt zu einem merklichen Erfolg. Die jahrelangen Bemühungen haben Wirkung gezeigt. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine Kürzung um 10 % durchaus verkraftbar ist. Wir finden es auch positiv, dass Flächen zur Verfügung gestellt werden, auf denen Graffiti aktiv auf positive Weise zum Ausdruck gebracht werden können. Wir beantragen auf dem Konto eine Kürzung um 41 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Auf dem Konto wurde in den letzten Jahren bereits regelmässig weniger Geld eingestellt. Die Mehrheit der RPK hält es für angebracht, für einmal den gleichen Betrag wie im letzten Jahr einzustellen.

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): Stadtpräsidentin Corine Mauch setzt sich stets für die internationale Ausstrahlung Zürichs ein. Die GLP springt stets auf diesen Zug auf, koste es, was es wolle. Wenn nun aber ein Amerikaner extra wegen eines Festivals nach Zürich reist, wollen wir ihn nicht mit verschmierten Wänden willkommen heissen. Er wird sonst schnell wieder abreisen. Die SVP will ein sauberes Zürich und lehnt den Kürzungsantrag ab.

S. 296 40
4040
3180 0700

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Entschädigungen für Entfernung von Schmierereien

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
184. Antrag Stadtrat			410 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	41 000		369 000	Minderheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Angesichts der abnehmenden Anzahl Schmierereien ist eine 10-prozentige Kürzung verkraftbar

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 185.

Kommissionsminderheit 1:

Raphaël Tschanz (FDP): Es geht um Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter. Wir hatten zu Beginn eine tabellarische Kürzung in der Höhe von 2,7 Millionen Franken. Wir

sehen durchaus Potenzial für eine weitere Kürzung. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ziehen wir den Antrag der Minderheit 1 jedoch zurück.

S. 296	40 4040 3182 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
185.	Antrag Stadtrat				27 148 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			7 408 000		19 740 000	Minderheit 1 Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			2 148 000		25 000 000	Minderheit 2 Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Christian Traber (CVP)
			Begründung: SVP: Zurück auf Budget 2015; AL: Betrag nur auf 25 Millionen erhöhen			

Der Antrag der Minderheit 2 wurde zurückgezogen.

Raphaël Tschanz (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 186.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Im Juli 2015 genehmigte der Stadtrat den Masterplan ZüriWC. Es sollen 16 Toiletten erneuert werden und 9 neue dazukommen. Die neuen Toiletten kosten rund 300 000 Franken. Das ist ein hoher Betrag. Daran zeigt sich wieder einmal, dass in diesem Bereich eine zu hohe Qualität angestrebt wird. Bis 2031 sieht der Stadtrat 32 Millionen Franken für sogenannte dringliche Neubauten und Sanierungen vor. Dass öffentliche WC modernen Standards entsprechen und für behinderte Menschen tauglich sein sollen, ist selbstverständlich. Es ist aber nicht nachvollziehbar, worauf die enormen Kosten zurückzuführen sind. Zudem sind die mit höchsten Standards ausgerüsteten WC nicht an 365 Tagen zugänglich, sondern teilweise von November bis März geschlossen sind. Wir möchten deshalb die anstehenden WC-Projekte streichen und den Stadtrat bitten, eine kostengünstigere Lösung anzustreben. Aus dem Gemeinderat kamen hier auch bereits Vorschläge wie beispielsweise das Konzept „Nette Toilette“, bei der Restaurants ihre Toiletten kostenlos zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellen.

Andrea Nüssli (SP): Beim Antrag geht es konkret um die Ziegelhütte in Schwamendingen. Grün Stadt Zürich will dort den Spielplatz und die Waldhütte sanieren. Es ist bereits alles mit der Waldkorporation aufgegleist. Die Baueingabe ist erfolgt. Es handelt sich um einen attraktiven Spielplatz, der für die Schwamendinger Bevölkerung einen grossen Erholungsraum darstellt. Wird das WC-Häuschen nicht gebaut, wird zwar das Budget geschont, doch der umliegende Wald umso weniger. Das wäre nicht sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen:

Reto Vogelbacher (CVP): *Es ist unbestritten, dass es bei der Ziegelhütte eine Toilette braucht. Doch unserer Meinung nach müssten kostengünstigere Lösungen möglich sein. Beim Picknick- und Freizeitplatz Hürstholz Affoltern zum Beispiel wurde eine kostengünstige Lösung realisiert. Es muss nicht eine Luxuslösung sein.*

Roger Tognella (FDP): *Der Antrag hätte einen gewissen Sinn, wenn es nur um die Ziegelhütte gehen würde. Die WC-Anlage kostet aber 300 000 Franken und ist in anderen Anträgen eingebettet. Für eine seriöse Betrachtung hätte man hier zu einem früheren Zeitpunkt ansetzen müssen. Es gibt jedoch auch sachliche Gründe, weshalb wir der WC-Anlage bei der Ziegelhütte nicht zustimmen. Die Holzkorporation will die kleine Hütte, die sich dort befindet, ersetzen. In diesem Zusammenhang muss sie sich auch überlegen, wie sie die sanitären Einrichtungen realisiert. Nebenan befindet sich eine städtische Liegenschaft mit einer Scheune. Auch dort wäre der Einbau einer WC-Anlage für die öffentliche Nutzung notwendig. Bisher gibt es nur beim Restaurant Ziegelhütte eine Toilette. Diese kann im Notfall benutzt werden. Der Wirt ist sehr tolerant. In diesem Sinne gibt es momentan keinen Grund, spezifisch einen separaten Antrag zu machen. Ich bin für eine Gesamtbetrachtung des Themas. Bei der Ziegelhütte sollten Synergien geprüft werden. Man sollte die Situation nochmals anschauen und einen richtigen Vorschlag bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Die angeführten Kosten beziehen sich auf Erfahrungswerte von 13 analogen Projekten, aufgrund derer man in Bezug auf die WC-Anlage an sich insgesamt auf Kosten von 300 000 bis 350 000 Franken kommt. Nötig sind aber auch komplette Gebäudeerneuerungen, die Erschliessung, technische Installationen und behindertengerechte Zugänge. Die Bauprojekte liegen nun vor. Wenn der Antrag nicht bewilligt wird, wird es an den entsprechenden Orten keine Lösung geben. In Schwamendingen wird die Waldhütte erneuert. Die Erneuerung wird mit den sanitären Anlagen kombiniert geplant werden. Der Spielplatz ist im Sommer und Herbst dicht belegt. Viele Personen stehen beim Restaurant Schlange oder weichen in den Wald aus. Das kann keine Lösung sein. Wenn die RPK der Meinung ist, man müsse beim Masterplan ZüriWC prüfen, ob die Kosten berechtigt sind, kann man das tun. Doch bei den vorliegenden, bereits aufgegleisten Bauprojekten wäre es nicht sinnvoll, diese Beträge zu kürzen. Zu den kostengünstigeren Lösungen: Gerade bei der Ziegelhütte, die im Sommer auch abends fleissig genutzt wird, braucht es vandalensichere WC-Anlagen. Wenn man dann eine günstige Anlage macht und diese alle paar Jahre ersetzen muss, ist die kostengünstigere Variante langfristig sehr viel teurer.*

S. 299 40
4040
500101

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Erwerb und Erstellung von Liegenschaften

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
186. Antrag Stadtrat			1 222 000 Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

422 000	800 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung: Ein kostengünstigeres WC-Konzept wäre wünschenswert: ZüriWC Allmend Wollishofen Ersatzneubau: Streichung der Fr. 122 000; ZüriWC Ziegelhütte Neubau: Streichung der Fr. 300 000			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 187.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich um einen zweiteiligen Antrag. Im ersten Teil geht es um ein ZüriWC im Rütihof. Wir stellen den Standort nicht in Frage. Doch der Umbau kostet 350 000 Franken. Die Argumentation entspricht derjenigen von Antrag 186. Der zweite Teil bezieht sich auf die baulichen Anpassungen im Museum Bäregasse zur Realisierung des Schreiblabors JULL. Für bauliche Anpassungen werden 90 000 Franken benötigt, damit das, was vom Strauhof-Debakel zurückgeblieben ist, in der Bäregasse realisiert werden kann. Ohne auf den Sinn und Zweck des Schreiblabors näher einzugehen, sind wir der Meinung, dass auch ein bescheideneres Ambiente genügen würde und dies nicht in unmittelbarer Nähe des Paradeplatzes sein muss. Daher sollten die Ausgaben für Buffet, Aufenthaltszonen oder Garderoben für schreibende Jugendliche nicht unbedingt notwendig sein.*

Andrea Nüssli (SP): *Das Projekt JULL sollte realisiert werden. Die entsprechenden Anpassungen im Haus in der Bäregasse sollten so umgesetzt werden, damit der Ort nachher zweckgemäss verwendet werden kann. Die Sanierung des WC in Rütihof ist notwendig. In Randregionen, wo viele Leute auch ein WC suchen, sollten diese auch ein WC vorfinden. Wenn man sich vor dem WC ekeln muss, ist das nicht toll. Würde man den Betrag streichen, würde das Projekt lediglich verschoben. Es ist fraglich, ob das dann günstiger wäre.*

S. 299	40 4040 500133	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Umbau von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
187.	Antrag Stadtrat				7 760 000	Minderheit
			435 000		7 325 000	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Die Realisierung des Projekts JULL ist nicht dringlich notwendig. ZüriWC Rütihof Streichung der Fr. 345 000			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 188.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Bei diesem Konto geht es um den Pauschalabzug auf die Realisierungswahrscheinlichkeit von Hochbauten. Die Mehrheit ist der Meinung, dass bei budgetierten Investitionsausgaben von rund 384 Millionen Franken erfahrungsgemäss mit einer Nichtrealisierbarkeit von rund 5 % gerechnet werden kann. Das entspricht 20 Millionen Franken. Wir beantragen deshalb, 20 Millionen Franken in den Investitionen zu kürzen.

Walter Angst (AL): Die Minderheit der RPK hält diese Budgetmassnahme nicht für sinnvoll. Die Massnahme hat am Ende eine Wirkung auf das Sparvolumen, das von der bürgerlichen Mehrheit realisiert wird. Es ist ein Schönheitswettbewerb. Die Frage ist, wie gross die Differenz zwischen Budget und Rechnung ist. Wenn man hier reduzieren will, kann man das tun. Doch gespart hat man nicht.

S. -	40 4040 599999	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Pauschalabzug Realisierungswahrscheinlichkeit Hochbauten				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
188.	Antrag Stadtrat				Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			20 000 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
			Begründung: Nicht realisierte Investitionen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 80, Beschluss-Nr. 1493/2015).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1513. 2015/403

Postulat der SP-Fraktion vom 11.12.2015: Ausführung der Vorinvestition für das Anschlusswerk und die Leitungen zwischen der ARA Werdhölzli und dem Wärmeverbund Altstetten

Von der SP-Fraktion ist am 11. Dezember 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er unabhängig von der Rechtsform des Wärmeverbunds die dringenden Vorinvestitionen für das Anschlusswerk und die Leitungen zwischen der ARA Werdhölzli und dem Wärmeverbund Altstetten ausführen kann.

Begründung:

Dieser Vorstoss soll es ermöglichen, dass die nötigen Vorarbeiten gleichzeitig mit anderen städtischen Bauprojekten getätigt und so Kosten von mindestens einer Million Franken eingespart werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2015, 8.30 Uhr.